

Zürich

Gemeinderat für «Tagesschule light»

Mit den Stimmen von SP, FDP und Grünliberalen und gegen die SVP hat sich das Zürcher Stadtparlament für ein neues Schulmodell ausgesprochen. Kernpunkt: Schule nur noch bis 14 Uhr.

Von Benno Gasser

Zürich - Die Debatte dauerte länger als erwartet, brachte aber ein klares Resultat. Der Gemeinderat sprach sich mit 84 zu 35 Stimmen für einen FDP-Vorstoss aus, der ein Pilotprojekt mit einer neuen Form von Tagesschule fordert. Gleichzeitig sagte der Rat auch mit 78 gegen 40 Stimmen Ja zu einem SP-Vorstoss für mehr Tagesschulen. Damit ist klar, dass die Betreuung von Schülerinnen und Schülern bald auf völlig neue Grundlagen gestellt werden könnte. Keine Gnade fand dagegen ein EVP-Postulat mit einer anderen Stossrichtung.

Zur Debatte standen drei unterschiedliche Schulmodelle. Die FDP forderte in ihrer Motion statt Morgen-, Mittags- und Abendhorten nur noch einen Schultyp: Die Volksschule soll zur Tagesschule light von 8 bis 14 oder 15 Uhr umgebaut werden. Die SP wollte mit ihrer Motion die Zahl der fünf bestehenden Tagesschulen auf 14 erhöhen. Die EVP schlug mit ihrem Postulat den Ausbau «ungebundener» Tagesschulen mit freiwilliger, aber verbindlicher Teilnahme vor.

SP und FDP mit gleichen Zielen

Obwohl FDP und SP unterschiedliche Vorstösse einreichten, lagen sie mit ihren Ansichten nicht stark auseinander. Christoph Gut (SP) sagte, dass seine Partei und die FDP die gleiche Zielsetzung hätten, beide wollten nur noch Tagesschulen. Bei den jetzigen Strukturen gebe es für die Kinder zu viele Wechsel. Die beste Art der Integration unterschiedlicher Schichten sei, wenn man zusammen esse, sagte Gut. Er warnte aber auch vor möglichen Widerständen bei der Umsetzung.

Auf Probleme bei der Realisierung wies auch Stadtrat Gerold Lauber (CVP) hin. Der Platz für solche Tagesschulen fehle, es gebe dafür keine freien Schulräume. In fünf bestehenden Schulhäusern könnte man möglicherweise Tagesschulen einrichten, was aber nicht genüge. Lauber wies darauf hin, dass im Rat bei der Kinderbetreuung mit Ausnahme von SVP und SD ein Grundkonsens herrsche, was die Betreuung betreffe. Die Tagesschule sei pädagogisch wertvoll; die Frage sei aber, ob eine solche flächendeckende Einführung und eine Erhöhung von heute 5 auf 14 machbar und sinnvoll sei. Die Stadt möchte Betreuung und Schule aus einer Hand anbieten. Für einen solchen Ausbau brauche es Flexibilität und Zeit. Ausserdem sei eine solche Betreuung im Gegensatz zu den Aussagen der FDP teurer und nicht günstiger.

Claudia Simon (FDP) plädierte dafür, dass die Kinder bis 14 Uhr in der Schule bleiben. Eine solche Betreuung über Mittag sei rechtlich möglich, obwohl dies der Stadtrat verneine.



Kinder vor dem Schulhaus Birch. Für sie würde der Tagesablauf völlig anders aussehen als heute. Foto: Sophie Stieger

Reaktionen

Eltern und Lehrer sagen Ja

Zürich - Monika Pfister, die Präsidentin der Vereinigung Elternorganisationen des Kantons Zürich, beurteilt das Tagesschulmodell der Freisinnigen positiv. «Man muss etwas in dieser Art ausprobieren», sagt sie. Ein Pilotversuch würde zeigen, wie die «Tagesschule light» in der Praxis bei den Eltern ankommt. Pfister erwartet jedoch von einem Teil der Eltern Widerstand dagegen, dass ihre Kinder über Mittag in der Schule bleiben müssen. «Viele Eltern wollen, dass ihre Kinder zu Hause zu Mittag essen und eine Pause haben.» Lilo Lätzsch, die Präsidentin des Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbandes, befürwortet die Einführung des Tagesschulmodells der FDP ebenfalls. Die verkürzte Mittagszeit Sorge dafür, dass die Kinder am Nachmittag und am Abend mehr Freizeit haben. Sie glaubt nicht, dass Schülern und Kindergärtnern in Zukunft über Mittag zu wenig Erholungszeit bleibe. «Es ist blauäugig, zu glauben, dass sie heute ein Mittagschlafchen machen», sagt Lätzsch. Wichtig sei, dass im neuen Modell weiterhin das Hortpersonal die Mittagsbetreuung übernehme. Lehrer sollten dafür nur eingespart werden, wenn sie das ausdrücklich wünschten. (gg/mom)

Kommentar Von Georg Gindely

Mehr Konstanz für die Kinder

Immer mehr Eltern müssen oder wollen arbeiten. Bereits heute besuchen in der Stadt Zürich 10 000 Kinder einen Hort. Die Zahl wird sich laut Schätzungen des Schulamts bis 2020 mehr als verdoppeln. Die Behörden rechnen damit, dass dann rund 70 Prozent aller Primarschüler und Kindergärtler einen Betreuungsplatz beanspruchen.

Die Einführung einer für alle Schülerinnen und Schüler obligatorischen Tagesschule bis 14 Uhr, die das Stadtzürcher Parlament gestern Abend beschlossen hat, trägt dieser Entwicklung Rechnung. In den städtischen Horten sind die Kinder zwar bereits heute aufgehoben. Die Eltern haben aber sehr grosse Wahlmöglichkeiten. Sie können ihre Kinder am Morgen, am Mittag und am Abend in den Hort schicken - und zwar nur an einem oder an mehreren Tagen. Und sie können ihren Wochenplan jeden Monat

ändern. Das führt dazu, dass die Gruppen immer wieder anders gemischt sind und sich die Kinder ständig an neue Kollegen und Betreuerinnen anpassen müssen.

Das neue Modell führt zu mehr Konstanz und zu einer dringend notwendigen Vereinheitlichung. Zudem kostet es weniger als das bisherige Modell. Wichtig ist, dass die Stadt auch in Zukunft eine Betreuung nach dem Schulschluss um 14 Uhr bis 18 Uhr sicherstellt. Dem steht nichts im Weg. Die Horte gibt es ja schon, zu grossen Änderungen wird es nicht kommen.

Einziger Wermutstropfen: Eltern, die ihre Kinder gerne zum Mittagessen daheim haben, müssen in Zukunft darauf verzichten. Sie werden aber entschädigt: Ab 14 Uhr können die Kinder nach Hause gehen - und haben dann umso mehr Zeit für die Familie und ihre Hobbys.

Falbriard tritt aus Stadtrat zurück

An der gestrigen Sitzung hat der Adliswiler CVP-Politiker sein Amt niedergelegt.

Von Ev Manz

Adliswil - Gleich zu Beginn der gestrigen Gemeinderatssitzung hat der Adliswiler Gesundheitsvorsteher Didier Falbriard (CVP) seinen sofortigen Rücktritt erklärt. «Ich mache es auf die französische Art: Adieu», sagte er, übergab Stadtpräsident Harald Huber (FDP) seine Schlüssel und verliess den Ratssaal unter den Augen von 60 Zuschauern. Ein Polizist in ziviler Kleidung begleitete ihn zu seinem Auto. Falbriard hatte zuvor gesagt, er fühle sich vom Parlament nicht mehr unterstützt. «Ein Schuldeingeständnis ist das nicht.» Das Raunen in den Zuschauerreihen war nicht zu überhören.

Falbriard reagiert damit auf die Kritik an seiner Person im Zusammenhang mit dem Landverkauf in der Breite. Nach der letzten Gemeinderatssitzung Anfang März waren Falbriard und Finanzvorstand Walter Müller (Freie Wähler) berufliche und politische Interessenkonflikte vorgeworfen worden. SP, SVP und FDP, die mit 24 Sitzen die Mehrheit im Parlament haben, hatten den beiden darauf ihr Misstrauen ausgesprochen und ihre Rücktritte gefordert.

Falbriard hat beim Bezirksrat eine Aufsichtsbeschwerde gegen die Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) eingereicht. Diese hatte die Vorgeschichte des Landverkaufs publik gemacht, die beiden Stadträte aber nicht angehört. Stadtrat Müller beteuerte indes zum wiederholten Mal, dass er alles richtig gemacht habe und weiterhin im Amt bleiben wolle.

«Herren, so nicht»

Zum Postulat des Misstrauensvotums gegen die beiden Stadträte, eingereicht von SP, SVP und FDP, äusserten sich die Politiker dann aber sehr deutlich. «Herren Stadträte, so geht es doch nicht», sagte Fredi Morf (SVP) und stand ein, es sei das schwierigste Geschäft, dass er seit Jahren behandelt habe. Der 28-jährige Mario Senn (FDP) sagte im Namen aller Jungen im Rat: «Unsere Generation toleriert ein solches Vorgehen nicht mehr.» Da nützte es auch nicht, sich zu rechtfertigen, die RGPK anzuschuldigen oder sich als Opfer zu sehen. Und wenn die beiden nicht eingestehen, Fehler gemacht zu haben, dann heisse das ja, dass sie wieder so handeln würden. Das Postulat wurde schliesslich mit 22 zu 9 Stimmen überwiesen.

Heftig diskutiert wurde schliesslich, wer die Amtstätigkeit der beiden Stadträte seit 2008 untersuchen sollte. Der Rat hatte Zweifel, ob die RGPK, die die Sache ins Rollen gebracht hatte, die richtige Instanz dafür sei. Schliesslich wurde sie aber mit der Untersuchung beauftragt, mit der Bedingung, eine neutrale Person zur Aufsicht zu bestimmen.

Rot-grüner Stadtrat klagt gegen rot-grünes Parlament

Gemeinderat und Regierung sind sich uneins über die Gestaltung der neuen Nordbrücke. Nun müssen die Richter entscheiden.

Von Beat Metzler

Zürich - Es ist eine Weltpremiere in Zürichs Lokalgeschichte: Erstmals geht der Stadtrat juristisch gegen das Stadtparlament vor. Der Bezirksrat soll einen Beschluss des Gemeinderats aufheben, damit die Regierung ihre ursprünglichen Pläne umsetzen kann.

Es ist eine Premiere, die für Verstimung sorgt. Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) betont, dass sie viel Wert auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Parlament lege. Die Beschwerde habe man sich deshalb sehr gründlich überlegt. Trotz dieser Beteuerungen reagieren die kritisierten Parlamentarier «sehr enttäuscht», wie Christine Seidler (SP) sagt. Brisant ist, dass der rot-grün dominierte Stadtrat einen Entscheid der eigenen Parteien attackiert. Und diese auch nicht vorinformiert hatte, als er gestern Mittag vor die Medien trat.

Streitpunkt ist die Nordbrücke, die beim Bahnhof Wipkingen über die Ge-

leise führt. Das bald 90-jährige Bauwerk befindet sich in desolatem Zustand, bereits bröckeln Betonstücke auf die Züge. Der Stadtrat will sie durch eine neue Brücke ersetzen und auf dieser ein verändertes Verkehrsregime realisieren. Die Autospuren sollen auf Kosten der Trottoirs an Breite gewinnen, damit Autos und VBZ-Busse besser aneinander vorbeikommen. Eine Bushaltestelle will der Stadtrat auf die Brücke versetzen, um das Umsteigen zu erleichtern. Dagegen gingen 15 Rekurse ein. Die letzten scheiterten vor dem Regierungsrat. Jetzt ist das Projekt rechtsgültig.

SP, Grüne, GLP und AL lehnen die neue Gestaltung ab. Die Verbreiterung bezeichnen sie als Kapazitätsausbau der Strasse. Trottoirs dürften nicht verschmälert werden, die Haltestellenverschiebung sei unnötig. Deshalb haben die Parteien in der Budgetdebatte vom letzten Dezember den 4-Millionen-Franken-Kredit um die Hälfte gekürzt.

«Kompetenzen überschritten»

Damit habe der Gemeinderat seine rechtsstaatlichen Kompetenzen überschritten, sagt Corine Mauch. Bei den 4 Millionen handle es sich um «gebundene Ausgaben», also Gelder zur Erhaltung der Infrastruktur, die der Stadtrat ohne

Gemeinderatsbeschluss sprechen darf. «In diesem Fall haben wir die alleinige Bewilligungskompetenz. Gilt das nicht mehr, wird die Sicherheit der Infrastruktur aufs Spiel gesetzt.» Wenn nicht bald etwas geschehe, drohe eine Sperrung der Brücke für den Busverkehr, sagt Stadtrat Andres Türlér (FDP).

Für die Gegner handelt es sich bei den Plänen um zwei verschiedene Geschäfte. Die Ausgabe für die neue Brücke fechte niemand an. Die Neugestaltung des Strassenraums sei aber eine politische Entscheidung, bei der das Parlament mitreden müsse, sagt Markus Knauss, Fraktionspräsident der Grünen. Die links-grüne Mehrheit wollte deshalb die Mehrkosten für das neue Verkehrsregime streichen. «So hätte man die Brücke bauen können - mit der gleichen Verkehrssituation wie heute.»

Der Stadtrat habe dem Parlament aber die Auskunft verweigert, wie viel der 4 Millionen er für das neue Verkehrsregime benötige - trotz dreimaligem Nachfragen. Als «letzte Konsequenz» habe das Parlament deshalb 2 Millionen gestrichen. Die Idee dahinter war, dass die Bauarbeiten trotzdem beginnen. Und sich der Stadtrat im Juli den nötigen, reduzierten Nachtragskredit bewilligen lässt.

«Die Beschwerde ist für mich nicht nachvollziehbar», sagt Markus Knauss. Sie verzögere das Projekt vielmehr. Der Stadtrat habe genügend Zeit gehabt, auf die Anliegen der Kritiker zu reagieren. «Wir haben uns seit zwei Jahren immer wieder eingebracht», sagen Guido Trevisan (GLP) und Richard Wolff (AL).

Nicht der erste Streitfall

Der Stadtrat dagegen spricht von einem rechtskräftigen Projekt, aus dem man nicht einfach wieder Geld herausstreichen könne. «Wie bauen die Strasse nicht aus, sondern sorgen dafür, dass die Busse nicht im Stau stecken bleiben», sagt Stadträtin Ruth Genner (Grüne). Ausserdem prüfe der Stadtrat eine weitere Forderung der Gegner, rund um die Brücke Tempo 30 einzuführen. Die Regierung hofft, nach einem Ja des Bezirksrats im August mit den Bauarbeiten beginnen zu können. Beide Seiten könnten den Entscheid weiterziehen.

Die Nordbrücke ist nicht das erste Thema der letzten Jahre, bei der die Meinung des rot-grünen Stadtrats und die der rot-grünen Parteien auseinanderklaffen. Immer wieder hat die Regierung Forderungen von SP und Grünen als unrealistisch abgelehnt, etwa beim Atomausstieg oder der Wohnbaupolitik.

Gestern im Gemeinderat

Protest gegen Ferienabbau

Vor und während der Debatte protestierte die Gewerkschaft VPOD für einen «Ausbau mit Qualität in der Kinderbetreuung». Die Demonstranten übergaben den Stadträten eine Petition, die von 3400 Personen unterschrieben worden war. Dem wehrt sich der VPOD gegen einen Abbau von Ferien der Hortleiterinnen bei gleichbleibendem Lohn. Aus seiner Sicht stellt dies eine Lohnsenkung und Diskriminierung dar.

Ja zu Betreuungsgutscheinen

Martin Mächler (EVP) forderte mit Betreuungsgutscheinen für Krippenplätze einen Systemwechsel, um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen. In der Stadt Luzern hätten sich solche Gutscheine bewährt. Marcel Savarioud (SP) sagte, es brauche dafür keinen Systemwechsel. Grüne und GLP signalisierten Sympathie für das Vorhaben. Am Ende überwies der Rat mit 75 zu 45 die Motion als Postulat mit einer Textänderung, die es dem Stadtrat erlaubt, auch noch andere Subventionsvereinfachungen vorzuschlagen.

Kein Geld für Betreuung zu Hause

Chancenlos war ein Postulat, mit dem die Schweizer Demokraten auch Familien finanziell entlasten wollten, die ihre Kinder zu Hause betreuen. (bg)